Die negative Konkurrentenklage im Steuerrecht

Bearbeitet von Sebastian Grimm

1. Auflage 2011. Buch. XXII, 278 S. Hardcover ISBN 978 3 631 61583 6
Format (B x L): 14 x 21 cm
Gewicht: 500 g

Steuern > Steuerverfahrensrecht

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung1
A. Vorbemerkungen
B. Problemstellung
C. Inhalt und Aufbau der Untersuchung
2. Kapitel: Die negative Konkurrentenklage - Abgrenzung und statthafte
Klageart11
A. Kategorisierung des Konkurrentenrechtsschutzes anhand einer Differen-
zierung nach Anspruchszielen11
I. Ausschließende Konkurrentenklage: Konkurrentenverdrängungsan-
spruch11
II. Partizipative Konkurrentenklage: Konkurrentengleichstellungsan-
spruch
III. Negative Konkurrentenklage: Konkurrentenverschlechterungsbe-
gehren
B. Statthafte Klageart im Zusammenhang mit der negativen Konkurrenten-
klage
I. Begünstigungsabwehrbegehren
II. Spezifisches Klagebegehren im Steuerrecht: Erstreben der Belastung
eines Dritten
1. Konstellation 1: Existenz eines Steuer- oder Freistellungsbescheides 17
a. Rechtsprechung der Finanzgerichte: Anfechtungsklage auf Kassa-
tion des Bescheides, §§ 40 Abs. 1 i.V.m. 100 Abs. 1 Satz 1 FGO 17
b. Meinungsbild im steuerrechtlichen Schrifttum

aa. Verpflichtungsklage, §§ 40 Abs. 1 Var. 2 i.V.m. 101 Satz 1	
FGO	18
bb. Anfechtungsklage in Form der Abänderungsklage, §§ 40 Abs.	1
i.V.m. 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 FGO	19
cc. Stellungnahme	19
2. Konstellation 2: Noch kein Steuerbescheid ergangen	22
a. Rechtsprechung der Finanzgerichte: Feststellungsklage, § 41 Abs.	1
FGO	22
b. Auffassung der steuerrechtlichen Literatur: Verpflichtungsklage,	
§ 40 Abs. 1 Var. 2 FGO	22
c. Stellungnahme	23
3. Besteuerung zukünftiger Besteuerungsperioden	24
C. Ergebnis zum zweiten Kapitel	24
3. Kapitel: Klagebefugnis hinsichtlich wettbewerbsneutraler bzw. gesetz- mäßiger Besteuerung im nationalen Recht	
A. Allgemeiner Normvollzugsanspruch aus Art. 3 Abs. 1 GG?	27
B. Die Klagebefugnis in steuerrechtlichen Konkurrenzverhältnissen	31
I. Das subjektiv-öffentliche Recht als Maxime der deutschen Rechtsord-	
nung	32
1. Das subjektive Recht	32
2. Die Schutznormtheorie	33
II. Die drittschützende Norm im steuerrechtlichen Konkurrenzverhältnis	35
1. Die Schutznormlehre und deren Relevanz im Steuerrecht	35
2. Wettbewerbsneutralität als wesensimmanentes Merkmal Drittschutz	
vermittelnder Normen	36
a. Wettbewerbsneutralität vermittelnde Vorschriften im Steuerrecht	37

aa. Steuervergunstigungen im Gemeinnutzigkeitsfecht, 99 5 Abs. 1	
Nr. 9 Satz 2 KStG, 3 Nr. 6 Satz 2 GewStG; 12 Abs. 2 Nr. 8 lit.	
a), Satz 2 UStG, jeweils i.V.m. §§ 64 ff. AO	38
bb. Steuerbefreiungen für Betriebe gewerblicher Art am Beispiel	
von § 2 Abs. 3 UStG i.V.m. §§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Abs. 5 KStG	40
b. Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	43
3. Tatsächliches Vorliegen eines Wettbewerbsverhältnisses zwischen	
den Konkurrenten	44
a. Begrenzte Anwendbarkeit des "Wettbewerbsbegriffs"	44
b. Determination des Wettbewerbsverhältnisses	45
aa. Komplementierung durch Methodik des (zivilen und öffent-	
lichen) Wettbewerbsrechts	45
bb. Abgrenzung des Kreises der klagebefugten Wettbewerber durch	h
den Wortlaut der Vorschrift?	47
4. Unzutreffende Besteuerung des Wettbewerbers	48
5. Wettbewerbsrelevanz des Vorteils	48
III. Subjektivierung objektiver Vorschriften durch grundrechtlichen Norm	ı -
vollziehungsanspruch	50
IV. Ergebnis	50
C. Das Verhältnis von einfach-gesetzlichen Vorschriften zu den Grund-	
rechten	51
I. Grundsatz: Anwendungsvorrang des einfachen Rechts	52
II. Differenzierungsansätze der Literatur hinsichtlich der Kollision im	
Einzelfall	52
1. Absoluter Anwendungsvorrang und Rechtssatzabhängigkeit des	
einfachen Rechts	53
2. Globale Grundrechtsabhängigkeit des subjektiv-öffentlichen Rechts	54
3. Bipolarität des subjektiv-öffentlichen Rechts	54

4. Inkonsistenz der Rechtsprechung	55
5. Stellungnahme	56
III. Ergebnis	60
D. Kategorisierung der Konfliktfälle im Schnittfeld von einfachem Gesetzes-	
recht und Grundrechten	60
I. Grundrechtliche Komplementierung der Klagebefugnis durch norm-	
externen Rückgriff auf Grundrechte bei Fehlen einfach-gesetzlicher	
Bereichsregelung und Belastungsbegehren?	60
II. Konfliktfälle im Zusammenhang mit dem Vorliegen einfach-gesetz-	
lichen Normenmaterials	62
1. Keine grundrechtliche Relevanz bei subjektivem Gehalt einfachen	
Gesetzesrechts	62
2. Rein objektiv-rechtliche Ausgestaltung einfach-rechtlicher Bestim-	
mungen	62
a. Subjektivierung durch norminterne Wirkung der Grundrechte	62
b. Normexterne Wirkung der Grundrechte	64
III. Ergebnis	67
E. Grundrechtlicher Rechtsschutz gegen wettbewerbsverzerrende Drittbevor-	
zugungen	68
I. Überblick über das derzeitige Meinungsbild hinsichtlich der Einordnung	3
der Wettbewerbsfreiheit ins grundrechtliche Gefüge	68
1. Auffassung der Rechtsprechung: Wechsel vom wettbewerbsgleich-	
heitlichen zum wettbewerbsfreiheitlichen Gewährleistungsgehalt	69
2. Überblick über die Diskussion in der Literatur	70
a. Gleichheitsrechtlicher Ansatz zur Gewährleistung von Wettbe-	
werbsneutralität	70
b. Freiheitsrechtlicher Ansatz zur Gewährleistung von Wettbewerbs-	
neutralität	71

c. Binare Ausgestaltung der Wettbewerbstreiheit	. 72
d. Recht auf Chancengleichheit im Wettbewerb als Mosaikgrund-	
recht aus Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 12 Abs. 1 GG	. 73
3. Stellungnahme	. 73
II. Die Berufsfreiheit als Verbürgung des freiheitsrechtlichen Ansatzes der	
Wettbewerbsfreiheit	. 78
1. Schutzbereichsumfang der Berufsfreiheit unter besonderer Berück-	
sichtigung der Dogmatik zur Wettbewerbsfreiheit	. 78
2. Wettbewerbsfreiheit und Eingriffsdogmatik - Eingriff in Rechte des	
Konkurrenten durch Begünstigung bzw. Nichtbelastung des Dritten?	. 82
a. Der faktische Grundrechtseingriff in der Dogmatik der Wettbe-	
werbsfreiheit	. 82
b. Lokalisation der Eingriffsschwelle in der Dogmatik der Wettbe-	
werbsfreiheit	. 84
aa. Qualifizierte Intensität der Grundrechtsbeeinträchtigung in	
Form "schwerer und existenzieller Beeinträchtigung"?	. 84
bb. Erweitertes Eingriffsverständnis in der Literatur	. 85
cc. Stellungnahme	. 86
III. Komplementärfunktion der Eigentumsgarantie?	. 90
F. Ergebnis zum dritten Kapitel	. 92
4. Kapitel: Klagebefugnis hinsichtlich wettbewerbsneutraler bzw. unions-	_
rechtskonformer Besteuerung	
reentskomormer besteuerung	73
A. Klagebefugnis aufgrund unmittelbar anwendbarer Unionsrechtssätze	. 96
I. Determination individueller Rechtspositionen bei vom EU-Recht beein-	
flussten Sachverhalten	. 96
Die subjektive Rechtsposition im Unionsrechtskontext	. 98

2. Die unmittelbare Anwendbarkeit als Grundvoraussetzung	99
3. Individualrecht als zusätzliche Voraussetzung der unmittelbaren An-	
wendbarkeit?	102
4. Determination individueller Rechtspositionen bei europarechtlich be-	
einflussten Sachverhalten	105
a. Allgemeiner Vollziehungsanspruch	107
b. Subjektive Ansätze	108
c. Konzept der "funktionalen Subjektivierung"	109
d. Stellungnahme	110
5. Kreis der Individualberechtigten	114
a. Dogmatische Einordnung des "qualifizierten Interesses"	116
b. Kolorierung des Postulats eines "qualifizierten Interesses"	118
c. Das "qualifizierte Interesse" im wettbewerbsrelevanten Kontext	122
aa. Ermittlung des Wettbewerbsverhältnisses nach der Methodik	
des Wettbewerbsrechts	122
bb. Tätigkeitsbezogene Ermittlung des Wettbewerbs bei (Umsatz-)	
Besteuerung der öffentlichen Hand	124
cc. Wettbewerbsneutrale Umsatzbesteuerung auf das Verhältnis	
zwischen Staat und Steuerzahler begrenzt?	126
d. Begrenzung des Beteiligtenkreises durch Einführung eines "Spür-	
barkeitskriteriums"?	128
6. Ergebnis	129
II. Primäres Unionsrecht als Grundlage für die Klagebefugnis auf Be-	
steuerung des Konkurrenten	131
1. Klagebefugnis aus Grundfreiheiten	131
2. Klagebefugnis aus dem unionsrechtlichen Beihilfenrecht, Art. 108	
Abs. 3 Satz 3 AEUV	135
a Problemaufriss	135

b. Bedeutung und Systematik der Art. 107 ff. AEUV	136
aa. Bedeutung der Beihilfevorschriften	137
bb. Systematik der Art. 107 ff. AEUV	138
cc. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Finanzgerichte im Zusam-	
menhang mit dem Beihilfenrecht der Union	141
(1) Notifizierungspflicht und Durchführungsverbot	142
(2) Rückforderung rechtswidriger staatlicher Beihilfe	143
(3) Zinsen	147
dd. Tatbestandsmerkmale einer staatlichen Beihilfe und deren Be	:-
deutung im Steuerrecht	148
(1) Zuwendung	149
(a) Allgemeines	149
(b) Unmittelbare Steuervergünstigungen	152
(c) Mittelbare Steuervergünstigungen	153
(2) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln stammende Zuwer	1-
dungen	154
(3) Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktions	S-
zweige (Selektivität)	156
(a) Allgemeines	156
(b) Das Kriterium des spezifischen Charakters bei (direkter	1)
Steuern	158
(aa) Selektive Maßnahme	158
(bb) Rechtfertigung der steuerlichen Maßnahme durch	
die "Natur oder den inneren Aufbau des Steuer-	
systems"	162
(4) (Drohende) Verfälschung des Handels oder Wettbewerbs	165
(5) Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitglied-	
staaten (Spiirharkeit)	167

ee. Stellungnahme	168
c. Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	169
d. Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV als Individualrechtsposition	170
e. Reichweite von Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	172
f. Relevanz des Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV in steuerrechtlichen	
Konkurrenzsituationen	175
III. Sekundäres Unionsrecht als Grundlage einer negativen Konkurrenten-	-
klage im Steuerrecht	176
1. Klagebefugnis aus Verordnungen	177
2. Klagebefugnis unmittelbar aus Richtlinien	178
a. Regelungsstruktur	180
b. Klagebefugnis bei unzureichender Umsetzung der Richtlinie im	
nationalen Recht - unmittelbare Wirkung des Richtlinienrechts?	181
aa. Die unmittelbare Wirkung von Richtlinienbestimmungen	183
(1) Dogmatische Begründung der Rechtsfigur in Rechtspre-	
chung und Lehre	183
(2) Allgemeine Voraussetzungen	185
bb. Unmittelbare Richtlinienwirkung im steuerrechtlichen Drei-	
ecksverhältnis?	187
(1) Grundsätzliches Verbot von Belastungen im horizontalen	
Verhältnis (unmittelbare horizontale Wirkung)	188
(2) Berufungsfähigkeit des benachteiligten Unternehmers auf	
steuerrelevante Richtlinien gegenüber privater Konkur-	
renz - mittelbar horizontale Wirkung	190
(a) Ansicht der Rechtsprechung	191
(b) Ansichten in der Literatur	192
(aa) Absolute Anwendung des Instituts der unmittelbaren	ı
Wirkung	193

(bb) Vorrang von Vertrauensschutz und Rechtssicher-	
heit	. 193
(cc) Binärer Ansatz auf Linie der Rechtsprechung	. 194
(c) Stellungnahme	. 195
(3) Berufungsfähigkeit des benachteiligten Unternehmers auf	
steuerrelevante Richtlinien im Vertikalverhältnis	. 197
c. Ergebnis	. 198
B. Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Steuerrecht	. 199
I. Explizite Gewährung subjektiver Rechte durch Richtlinientransforma-	
tion des nationalen Gesetzgebers	. 199
II. Die richtlinienkonforme Auslegung im Steuerrecht	. 200
Entwicklung der Dogmatik und Grundsätze	. 202
2. Das Verhältnis von richtlinienkonformer Auslegung und unmittel-	
barer Wirkung	. 207
3. Richtlinienkonforme Auslegung und Belastung Privater im horizon-	
talen Rechtsverhältnis	. 209
4. Unionsrechtlicher Maßstab bei der Bestimmung individueller	
Rechte	. 210
5. Die richtlinienkonforme Auslegung im Lichte objektiv-rechtlicher	
Auslegungsdirektiven des Primärrechts	. 211
C. Prozessrechtliche Einflüsse des EU-Rechts auf die Klagebefugnis nach	
§ 40 Abs. 2 FGO	. 213
I. Problemaufriss	. 213
II. Überblick über den derzeitigen Meinungsstand	. 214
Materiell-rechtlicher Lösungsansatz	. 214
2. Prozessrechtliche Modifikation in Richtung einer Interessenten-	
klage	215

3. Trennung der Klagebefugnis vom subjektiv-öffentlichen Recht im	
Sinne einer prozessualen Lösung	216
4. Stellungnahme	217
D. Ergebnis zum vierten Kapitel	219
5. Kapitel: Vertrauensschutz als zeitliche Begrenzung zugunsten des	
Vorteilsempfängers	221
A. Problemaufriss	221
I. Bestandskraft	222
1. Gesamtanalogie der §§ 172 ff. AO	222
2. Frist des Bescheidadressaten als ausschlaggebendes Momentum	223
3. Einzelfallentscheidung: Grenze Verwirkung	223
4. Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis des benachteiligten Dritten	224
5. Stellungnahme	224
II. Festsetzungsverjährung	227
B. Europarechtliche Einflüsse bei Sachverhalten mit Unionsrechtsbezug	227
I. Bestandsschutz und Festsetzungsverjährung	228
1. Bestandsschutz	228
2. Festsetzungsverjährung	232
II. Stellungnahme	233
C. Ergebnis zum fünften Kapitel	236
6. Kapitel: Einstweiliger Rechtsschutz, § 114 Abs. 1 Satz 2 FGO	237
A. Vorläufiger Rechtsschutz bei Sachverhalten im nationalen Steuerrecht	237
B. Vorläufiger Rechtsschutz bei unionsrechtlich beeinflussten Sach-	
verhalten	238

7. Kapitel: Annex: Der (vorgeschaltete) Auskunftsanspruch geg	genüber
der Finanzbehörde	243
A. Problemaufriss	243
B. Dichotomische Basis des Auskunftsanspruchs	243
I. Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch nach der Rechts	sprechung
des Bundesfinanzhofs	243
II. Einfach-gesetzliche Ausgestaltung in den Informationsfreihe	its-
gesetzen der Länder	245
C. Ergebnis zum siebten Kapitel	250